



Energiepolitik in Belgien

Die energiepolitischen Entscheidungen der letzten Monate, sowohl in der Wallonischen Region als auch auf föderaler Ebene, sind extrem besorgniserregend. Beiden Instanzen fehlt eine zukunftsorientierte Vision und führen stattdessen eine vollkommen unorientierte und unkoordinierte Energiepolitik.

Die Regierung der WR fällt im Frühjahr die Entscheidung, das Ziel von 20% erneuerbare Energien bis 2020 um 10 Jahre nach hinten zu verschieben. Dies bedeutet für die Wallonie nicht nur 10 verlorene Jahre für den Energiewandel, sondern auch eine Vielzahl verlorener Chancen und Möglichkeiten.

Erneuerbare Energien bedeuten nicht nur einen wichtigen Schritt in Richtung Klimaschutz, sondern bringen Unabhängigkeit von Energieimporten und liefern auch tausende damit verbundene Jobs, die langfristig und nachhaltig aufgebaut werden könnten. Die PS-CDH-Regierung führt

eine Energiepolitik ohne Vision, die kurzfristig aufgebaut ist, anstatt in nachhaltige Lösungen zu investieren.

Zudem scheint die Regierung der WR zu vergessen, dass alle AKWs Belgiens bis 2025 abgeschaltet werden sollen, die Wallonie sich jedoch erst im Jahr 2030 zu 20% auf erneuerbare Energien stützen möchte.

Dies kann nur funktionieren, wenn die Regierung der WR mit der erneuten Verlängerung der AKWs nach 2025 auf föderaler Ebene rechnet. Für Ecolo ist klar, dass ein Pakt zwischen Regionen und Föderalstaat geschlossen werden muss, um eine kohärente, abgesprochene, sichere und zukunftsweisende Energiepolitik zu sichern.

Auf föderaler Ebene erlebten wir in den letzten Monaten noch dramatischere Entwicklungen. Dort hat die Energieministerin Marie-Christine Marghem bewiesen, dass die aktuelle Regierung alles daran setzt, die Laufzeit der Reaktoren Doel 1 und Doel 2 um jeden Preis zu verlängern. Ob Plagiat, das absichtliche Verschweigen wichtiger Dokumente sowie das Vorenthalten von Informationen, all dies sind Mittel, die die Ministerin für vertretbar hält. Mehrere Rechtsgutachten, auch vom Staatsrat, werden von ihr verworfen. Stattdessen favorisiert die liberale Ministerin ein Rechtsgutachten Electrabels. Für wen setzt die Regierung sich ein?

Den Gewinn der Großkonzerne oder die Sicherheit der Bürger?

Die Entscheidung, die Laufzeit der Reaktoren Doels tatsächlich zu verlängern, gekoppelt mit dem riesigen Geschenk an Electrabel, war voraussehbar.

Wie kann man noch ernsthaft Vertrauen in diese Energiepolitik haben?

Für Ecolo steht fest: überhaupt nicht!

Frédéric Arens
Co-Präsident
Ecolo-Ostbelgien



Der Kampf gegen die Radikalisierung

Das Attentat auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“, die Anti-Terroreinsätze in Verviers, die Erhöhung der Terroralarmstufen der letzten Monate haben den Ruf nach neuen, effizienteren Strategien im Kampf gegen den Radikalismus in unserem Land laut werden lassen. Dieses Phänomen wird nun auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen debattiert und es werden Lösungsansätze gesucht.

Auf föderaler Ebene wurde im Belgischen Senat kürzlich ein Sonderausschuss zur Radikalisierung einberufen. Neben den repressiven Maßnahmen, z. B. der Entzug des Personalausweises in gravierenden Fällen, werden durch die Föderalregierung in den kommenden Wochen und Monaten weitere Präventivmaßnahmen beschlossen werden, damit dem Drang, im In- und Ausland Terroranschläge zu verüben,

entgegengetreten werden kann. Besonders junge Menschen, denen die sozialen Orientierungspunkte fehlen, können leicht geködert werden, um beispielsweise in Syrien oder im Irak an der Seite der Terrormiliz IS zu kämpfen.

Die Schaffung einer positiven Identität ist elementar, auch auf DG-Ebene. Der Jugendstrategieplan 2016-2020 der DG, mit dem Titel „Respektvoller Umgang miteinander und sich selbst“, befasst sich in einem seiner vier Schwerpunkte mit der Förderung der Vielfalt. Wenn die soziale Bindung verloren geht, kommt es häufig zur Radikalisierung. Der soziale Zusammenhalt muss deshalb auf allen Ebenen der Gesellschaft gefördert werden.

Das dänische Modell hat sich im Kampf gegen die Radikalisierung als sehr effektiv erwiesen. Die Dänen setzen auf „Organisation“ und „Zusammenarbeit“: Die Stadt Aarhus hat 2007 sehr schnell nach den Anschlägen in London und Madrid eine virtuelle Plattform zur Deradikalisierung ins Leben gerufen und, anders als derzeit in Belgien, arbeiten die Sozialdienste sowie Schulen und Polizei eng zusammen.

Diese Form der Organisation und Zusammenarbeit könnte auch in Belgien eingeführt und gefördert werden, denn der Erfolg gibt dem dänischen Modell recht!

Um effizient gegen die Radikalisierung vorgehen zu können, muss die öffentliche Debatte noch verstärkt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein konstruktiver Dialog zu diesem Thema im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft geführt wird.

Senator Alexander Miesen
Föderalabgeordnete
Katrinn Jadin



Heute vor 70 Jahren...

Offiziell endete der Zweite Weltkrieg am 2. September 1945 mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch Japan. Der 6. August 1945 ist jedoch als der Tag in die Geschichte eingegangen, seit dem nichts mehr so ist, wie es einmal gewesen war. Der Abwurf der Atombomben über Hiroshima vor genau 70 Jahren und drei Tage später über Nagasaki markiert einen Wendepunkt in der internationalen Kriegsführung und den Auftakt eines Wettrennens der damaligen Weltmächte, der USA und der Sowjetunion. Und nicht zuletzt ist dieser Tag derjenige, an dem der Menschheit demonstriert wurde, dass sie in der Lage ist, ihren Planeten aus eigener Kraft zu zerstören. Das Absolute hatte Einzug in den Lebensalltag aller Menschen gehalten.

Hintergrund der seit 1941 intensiv betriebenen Entwicklung einer Atombombe war nicht zuletzt, dass die Vereinigten Staaten befürchteten, Nazideutschland würde ihnen

bei diesem Vorhaben zuvor kommen. Nach dem ersten erfolgreichen Atomwaffentest, am 16. Juli 1945 in der Wüste von New Mexico, verfestigte sich in der US-amerikanischen Führungsriege aus Politik und Wirtschaft die Überzeugung, das Potenzial, das sich aus der Atombombe ergebe, politisch und wirtschaftlich nutzen zu können. Gleichzeitig wurden die Strömungen in der amerikanischen Außenpolitik, den Bruch mit der Sowjetführung zu suchen, immer stärker. Vor diesem Hintergrund stellt der Abwurf der Atombomben über Japan nicht zuletzt eine Machtdemonstration gegenüber der UdSSR im aufziehenden Kalten Krieg dar. Die gegenseitige atomare Aufrüstung in den darauffolgenden Jahrzehnten ist demnach durchaus als direkte Folge des kriegerischen Einsatzes dieser „absoluten“ Waffen seitens der USA zu interpretieren.

Im Jahre 2015 geht ein allgemeiner Trend dahin, dass die Atomkräfte ihre Atomwaffenarsenale reduzieren – vor

allem Russland und die USA. Alle Staaten, die Atomwaffen besitzen, arbeiten jedoch an deren Modernisierung. Dies geht aus dem jüngsten Bericht des schwedischen Friedensforschungsinstituts Sipri hervor. Demnach seien zu Beginn des Jahres 2015 neun Staaten im Besitz von schätzungsweise 15.850 Nuklearwaffen gewesen.

Es ist und bleibt eine zentrale, ja vielleicht die wichtigste Aufgabe der Menschheit, auch in Zukunft Atomwaffen zu ächten und sich dafür einzusetzen, dass sich die schrecklichen Geschehnisse von Hiroshima und Nagasaki niemals wiederholen. Albert Einsteins Einschätzung trägt bis heute viel Wahrheit in sich, als er meinte: „Die entfesselte Macht des Atoms hat alles verändert, nur nicht unsere Denkweise. (...) Wir brauchen eine wesentlich neue Denkungsart, wenn die Menschheit am Leben bleiben will.“

Charles Servaty, Vorsitzender der SP-Fraktion im PDG
www.sp-dg.be



Flüchtlinge - Ursachenforschung

Oft habe ich in den letzten Wochen von Initiativen gelesen, die sich zur Aufgabe gesetzt haben, sich bei der Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer einzubringen. Mit privaten Mitteln und enormen Engagement werden Menschenleben gerettet. Ich kann diesen Personen nur Hochachtung entgegenbringen. Doch gleichzeitig kann ich leider den Gedanken nicht verdrängen, dass hier hässliche Symptome abgemildert werden. Sollten wir nicht stärker diskutieren, warum überhaupt die Flüchtlingsströme derart anwachsen? Als weltweit drittgrößter Waffenexporteur liefert Deutschland Kriegsgüter in viele krisengeplagte Gebiete. Kürzlich erhielten die Kurden deutsche Rüstungsgüter, die sie gegen den IS einsetzen sollen. Nun werden vom türkischen Militär Stellungen der Kurden im Nordirak bombardiert. Mit dt. Waffen wird zurückgeschossen. Neue Flüchtlingsströme entstehen. Auch spielt die US-Regierung eine sehr unselbige

Rolle; durch ihre Angriffskriege haben sie Hass und Elend in zahlreichen Ländern hervorgerufen.

Europäische Fischfangschlepper fischen mit hoch technisierter Methode die Küsten Afrikas leer. Die kleinen Boote der Fischer in den betroffenen Regionen kehren mit ungenügendem Fang in ihre Häfen zurück. Hunger ist die Folge, weitere Flüchtlingsströme entstehen, und in der EU kann man die Fischfiletbüchse für 99 Cent kaufen.

In der industrialisierten Welt fließt pro Jahr ein Betrag in dreistelliger Milliardenhöhe an US-Dollar in Form von Subventionen. Dadurch sind z. B. von Afrika importierte Produkte preiswerter als die heimische Ware. So überschwappt billiges Milchpulver aus der EU die afrikanischen Märkte. Verschiedene Freihandelsabkommen der EU mit afrikanischen Ländern führen zu einer weiteren Ausbeutung dieser Länder.

Das Vermögen der drei reichsten Menschen der Erde

entspricht dem BIP der 51 ärmsten Länder der Welt. Die perfide zinsbedingte Umverteilung zu Gunsten einer kleinen Minderheit setzt sich täglich mit exponentiell wachsender Geschwindigkeit fort. Noch nie in der Geschichte waren die Ungleichgewichte so gewaltig, wie sie sich heute präsentieren.

Aber es geht hier nicht um eine Neiddiskussion, nein das System ist ganz einfach falsch!

Der weltweite Zinsfluss von allen zu einer kleinen Minderheit beträgt mehrere Billionen \$ im Jahr. Wir brauchen ein alternatives Finanzsystem, fließendes Geld. Diese Basis für weitere wertvolle Veränderungen wird unermesslich viel Gutes hervorbringen.

Geld hat den Menschen zu dienen, und nicht der Mensch dem Geld.

Gemeinsam gelingt uns der Wandel. Infos finden Sie unter: www.neuesgeld.net
Gastkommentar von Steffen Henke, Geschäftsführer der gemeinnützigen Gesellschaft: „Neues Geld“ aus Leipzig.



Videobeitrag: „Endlich! Bagger rollen beim Wetzlarbad!“

An manch heißem Sommertag würden viele Menschen im Eupener Land und Umgebung sich am liebsten zur Abkühlung oder zum Freiluftsport ins Wetzlarbad begeben. Das geht aber leider seit einigen Jahren nicht mehr. Eigentlich hätten die Bagger schon 2013 rollen sollen.

Dem Thema Wetzlarbad hat sich die Junge Mitte, Jugendorganisation der CSP, jetzt in einem satirischen Videobeitrag im Internet gewidmet. In diesem Video versuchen wir, das Freibad in unserer Heimatstadt zu besuchen und müssen mit dem ehemaligen Parkplatz als Liegefläche vorlieb nehmen.

Während Spielzeugbagger unter dem Schild „Baubeginn 2013“ mit den Arbeiten beginnen, legt sich ein Jugendlicher in ein gefülltes Planschbecken.

Zahlreiche Kommentare und über 3500 Videoaufrufe zeigen, dass wir offenbar nicht nur einen Lückenfüller im Sommerloch, sondern ein wichtiges Thema für viele Bürger getroffen haben. Es gab bisher viel positive aber auch kritische Resonanz.

Es ist allerdings nicht unser Ziel, unbedingt eine andere Partei anzuprangern. Wir möchten mit Humor auf die Missstände im und am Wetzlarbad aufmerksam machen. Keine Partei kann sich in Sachen Wetzlarbad von Verantwortung freisprechen. Auch die CSP nicht! Dennoch halten wir es für fragwürdig, wenn man nach drei Jahren immer noch die Schuld bei der alten Mehrheit sucht.

Das Wetzlarbad war für viele – auch Jugendliche – im Som-

mer immer ein beliebter Treffpunkt. Diese Option fehlt im Angebot der Stadt Eupen seit dem Jahr 2012. Eigentlich hätte der Baubeginn für das neue Kombibad bereits 2013 sein sollen, dann verschob man die Anknüpfung für die Fertigstellung auf das Frühjahr 2015. Aktuell steht der Sommer 2017 für die Eröffnung im Raum.

Die Junge Mitte hofft, dass bald wieder im Wetzlarbad geschwommen werden kann, da u.a. vielen Jugendlichen insbesondere im Sommer ihr Wetzlarbad sehr fehlt. Das Ziel unseres Beitrags ist, den öffentlichen Fokus endlich wieder auf dieses Projekt zu lenken, damit sich etwas bewegt und endlich die echten Bagger kommen. Davon werden dann auch alle profitieren!

Tobias Graeven,
Koordinator der Jungen Mitte



Mehr Geld für die DG...

Die Regierung der DG hat unter der Verantwortung von Ministerpräsident Oliver Paasch in den letzten Wochen zwei sehr wichtige Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Zum einen konnte mit der wallonischen Regionalregierung in Namur die Übertragung wichtiger, zusätzlicher Befugnisse an die DG vereinbart werden. Zum anderen wurde mit der föderalen Regierung in Brüssel eine strukturelle Refinanzierung der DG vereinbart. Die DG erhält schon in diesem Jahr zusätzliche Mittel in Höhe von drei Millionen EUR. Ab 2016 erhält sie sogar jedes Jahr 7 Millionen EUR mehr als ursprünglich vorgesehen. Damit ist die ungerechte Unterfinanzierung der DG, die durch die 6. Staatsreform entstanden war, beendet! Dass der Föderalstaat nun einen Fehler korrigiert, den er selbst vor den letzten Wahlen begangen hatte, mag normal und gerecht erscheinen. Trotzdem war dieser Verhandlungserfolg keineswegs selbstverständlich. Während der Föderalstaat zurzeit in vie-

len Bereichen Ausgaben kürzt, die Gesetze der 6. Staatsreform als „unantastbar“ gelten und alle anderen Gemeinschaften empfindliche Sparmaßnahmen (vor allem im Unterrichtswesen) umsetzen, erhält die DG als einziger (!) Gliedstaat mehr Geld. Das einzige Finanzierungsgesetz, das in Belgien abgeändert wird, ist das der DG. Ich habe selbst miterlebt, wieviele Anstrengungen unser Ministerpräsident aufgebracht hat, um dieses Gesetz abzuändern. Er hat mich in den vergangenen Monaten immer wieder über die Ergebnisse seiner unzähligen Gespräche mit dem Premierminister, den Vize-Premierministern, deren Kabinettschefs, vielen Finanzexperten und den Parteivorsitzenden der föderalen Regierungsparteien unterrichtet. Er hat jede Woche auf Neue in Brüssel viel Energie investiert, um die Interessen der DG zu verteidigen. Er hat trotz mehrerer Rückschläge nie aufgehört, an einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu glauben. Zu diesem Durchhalte-

vermögen möchte ich ihn und seine Mitarbeiter im Namen von ProDG beglückwünschen. Gleichzeitig zolle ich auch all jenen Kräften in der DG Respekt, die ihn dabei parteiübergreifend unterstützt haben.

Für ProDG kommt es nun darauf an, diese Verhandlungserfolge gewinnbringend für die Bevölkerung zu nutzen. Wir fordern die Regierung auf, entsprechende Gesamtkonzepte vorzulegen. Außerdem fordern wir die Regierung auf, die neuen Finanzmittel zu nutzen, um den Haushalt der DG dauerhaft ins Gleichgewicht zu bringen und neue Handlungsmöglichkeiten für kommende Generationen zu eröffnen. Wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise hat es seit 2008 keine ausgeglichenen Haushalte mehr gegeben. Wir trauen Oliver Paasch zu, sein Versprechen einzulösen, schon für 2018, also vor den nächsten Wahlen, wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. ProDG wird ihn dabei unterstützen.

Clemens Scholzen,
ProDG-Vorsitzender